

Rezensionen zur Spanischen Kulturwissenschaft

Juni 2009

Gómez Bravo, Gutmaro (ed.). *Conflicto y consenso en la transición española*. Madrid: Fundación Pablo Iglesias 2009, 306 Seiten.

Die spanische Transición ist ein viel besprochenes Ereignis, zu dem eine umfangreiche, fast unüberschaubare Bibliographie vorliegt. In den letzten Jahren ist in der Literatur wie im öffentlichen Diskurs eine Neubewertung dieses spanischen Weges von der Diktatur in die Demokratie zu beobachten. Insbesondere wird auch Kritik am zunächst oft als Modell gepriesenen „friedlichen“ Demokratisierungsprozess laut, der in den Memoiren der beteiligten Akteure inzwischen den Status eines Mythos erreicht hat und in den demokratischen Medien sicher auch pathetisch gelobt wurde, um die Identifikation mit der neuen Staatform in der sich konsolidierenden demokratischen Zivilgesellschaft zu verankern. Die neue, kritische Diskussion – die teils auch bewusst politisch instrumentalisiert wird – bringt den Vorwurf auf, es handele sich um eine „unabgeschlossene Transición“, deren Fortführung ein dringendes Desiderat sei. Defizite werden dabei besonders im Umgang der spanischen Verfassung mit den Autonomien und Nationalitäten gesehen, in der personellen und institutionellen Kontinuität der Monarchie mit dem autoritären Vorgängerregime, ebenso wie hinsichtlich der Aufarbeitung der nationalen Vergangenheit, die einem realpolitischen „Pakt des Vergessens“ während der Übergangsjahre zum Opfer gefallen sei. Die Diskursverschiebung ist neben der neuen Polarisierung des politischen Klimas sicher auch einem Generationenwechsel zu verdanken, der die Historisierung der Transición ankündigt. In diesem Kontext werden bislang wenig beachtete Aspekte wie die Rolle des Auslands, der Beitrag der mobilisierten Zivilgesellschaft, die Gewalt von Seiten der Staatsorgane und die Situation der Verlierer der Demokratisierung wissenschaftlich aufgearbeitet und über öffentlichkeitswirksame Publikationen dem Erinnerungsdiskurs eingegliedert.

Die Publikation *Conflicto y consenso en la transición española* der Fundación Pablo Iglesias, der dem PSOE nahe stehenden politischen Stiftung, geht auf eine Tagung im November 2007 an der Universidad Complutense de Madrid zurück. Sie vereint Beiträge von exponierten Protagonisten der Transición und von Wissenschaftler verschiedener Disziplinen (Juristen, Politikwissenschaftler, Historiker) in der Absicht, einen Brückenschlag zwischen der von den Analysen und Reflexionen der Akteure geprägten Erinnerung und der akademischen Forschung herzustellen. In seiner Einleitung zum Band betont der Herausgeber Gutmaro Gómez Bravo, dass gerade der

Fokus auf die Schattenseiten der 70er Jahre die Leistung der Akteure der Transición umso bemerkenswerter mache, werde doch die landläufige Vorstellung revidiert, die sozioökonomischen Voraussetzungen und das internationale Klima hätten die Demokratie von vornherein als Ergebnis des Prozesses gesichert. Entsprechend betitelt er seine Einführung mit „La amenaza de la violencia: conflicto y consenso en la Transición“. In einer interessanten Umkehrung der Kritik an der Transición möchte er damit einen Beitrag zur Ehrenrettung des Übergangsprozesses leisten.

Santos Juliá zeichnet im ersten Beitrag des Bandes unter dem Titel „'Transición' antes de la Transición“ anhand der Etymologie des Begriffs „transición“ und ähnlicher Fügungen wie „transacción“ im politischen Diskurs der Opposition, wie bereits seit dem Bürgerkrieg die Einrichtung einer Übergangsregierung und Durchführung eines Plebiszits zur Bestimmung der Staatsform als Versöhnungsmodell diskutiert wurde. Insofern stellen sich – zumindest in diskursanalytischer Hinsicht – die politischen Vorstellungen der demokratischen Opposition seit dem Pakt von San Juan de Luz zwischen den Sozialisten und Monarchisten von 1947 bis zum Kongress in München 1962 unter Einbezug der Dissidenten des Franco-Regimes und bis in die konkrete Aushandlung des Übergangsprozesses nach dem Tod Francos in den Plattformen der Demokraten als Kontinuum dar. In den Kontext dieser Diskussion stellt der Historiker Abdón Mateos im letzten Kapitel „¿República o monarquía? El PSOE y la oposición ante la forma de gobierno“ eine Detailanalyse der Position der Sozialisten zur Frage des Übergangsregimes, insbesondere zur Frage der Staatsform der Republik oder Monarchie, und tritt der Ansicht entgegen, der Generationenwechsel auf dem Kongress von Suresnes 1974, der zur Wahl von Felipe González an die Spitze der erneuerten Partei führte, habe mit der politischen Linie, eine republikanische Nachfolgelösung zu suchen, gebrochen.

Ein Schwerpunkt des Bandes liegt auf der Frage, wie sich der Übergangsprozess aus der Sicht des Militärs und der Sicherheitskräfte darstellte. Gabriel Cardona und Julián Delgado, Mitglieder der liberalen Unión Militar Democrática, der einzigen liberalen und pro-demokratischen Gruppe in den Kreisen des Militärs zur Zeit der Transición, tragen zu diesem Thema bei, indem sie aus der unmittelbaren Zeugenperspektive berichten. Cardona gibt in „La oposición militar a la democracia“ anhand detaillierten Insiderwissens umfangreich (und nicht ganz frei von Redundanzen) eine Analyse der politischen Machtkonstellation im Militär und den militarisierten Sicherheitskräften. Er geht dabei sowohl auf die personelle Führungsriege und die divergierenden Positionen ihrer Mitglieder zu Interventionsplänen und den einzelnen Staatsstreichversuchen, wie auf die psychologische Situation der Truppe ein, die neben der Gefährdung durch den Terrorismus auch mit dem zunehmenden Prestigeverlust in der Zivilbevölkerung, mit sozialer Isolation und schlechter Bezahlung zurecht kommen musste. Delgado Aguado legt unter dem Titel „Las Fuerzas Armadas y el terrorismo en la Transición“ den Fokus auf die Reaktion des Militärs auf die Gewaltspirale, die von Seiten der Terroristen – insbesondere der ETA und der FRAP, aber auch von Kräften der extremen Rechten – in Gang gesetzt wurde. Anschaulich legt er anhand der Gegenüberstellung von Zahlen über die Todesfälle durch Gewalt der linken und rechten terroristischen Gruppen auf der einen und der Sicherheitskräfte auf der anderen Seite dar, wie durch die anti-demokratischen, gewaltbereiten Splittergruppen eine Eskalation der Situation und eine Militärintervention geradezu provoziert werden sollten. Eine im Anhang untergebrachte Tabelle, die die

entsprechenden Todesfälle chronologisch geordnet einander gegenüberstellt, ist dabei besonders sprechend.

Carlos García Valdés, ein Strafrechtler, hat selbst die Reform des Strafvollzugs mitgestaltet, von deren Implikationen er in seinem Beitrag „La reforma penitenciaria“ nicht frei von rhetorischem Pathos aber sehr differenziert und anschaulich berichtet. Das Bekenntnis zum Ziel der Umerziehung und sozialen Reintegration der Sträflinge, das in der Tradition des liberalen 19. Jahrhunderts auf der Idee der grundsätzlichen Verbesserungsfähigkeit des straffällig Gewordenen setzt, ist eine wesentliche Umorientierung im spanischen Strafvollzug, die umfassende praktische Konsequenzen hat. Die Bekämpfung von Misshandlungen, Folter und Verletzung der Persönlichkeitsrechte der Insassen ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Die architektonische Umgestaltung der Gefängnisse mit der Einrichtung von Einzelzellen, der Einführung von bezahlter Arbeit, von Ausbildungsmaßnahmen, Besuchs- und Ausgangsrechten und Reintegrationsprogrammen bedeutet eine grundsätzliche und groß angelegte Reform, die viele Jahre in Anspruch nimmt und auch mentalitätsprägende Auswirkungen auf die Beschäftigten in diesem Sektor haben muss.

Der Juraprofessor Javier Ansuátegui Roig erläutert in „Legalidad y derechos: el modelo de la Transición“ aus rechtsphilosophischer Sicht, wie sich die Legalität der spanischen Demokratie – im Gegensatz zum Vorgängerregime – aus Rechten ableitet und wie sich somit das Rechtssystem des neuen politischen Systems – trotz der juristischen Kontinuität im Prozess des Übergangs – wesentlich von dem des Frankismus unterscheidet. Die Wahl des demokratischen Rechtssystems steht in der philosophischen Tradition der Aufklärung und ist, wie Recht generell, ideologisch nicht neutral, sondern bedeutet einen moralischen Kompromiss, der sich wesentlich von dem des autoritären Frankismus, der an die Ideen des Movimiento Nacional gebunden war, unterscheidet. Ein Rechtssystem als normatives System ist nur dann effizient, wenn die dort fixierten Normen auch erfüllt werden. Anders als in diktatorischen Systemen, wo diese Normerfüllung auch mit Gewalt garantiert werden könne, zeichnen sich demokratische Systeme durch einen Konsens über die freiwillige Befolgung durch Mehrheitsentscheid und auf Basis einer Partizipation über allgemeine Wahlen zustande gekommener Gesetze aus. Die Prinzipien Grundrechte, Rechtsstaat und Demokratie sind dabei verknüpft.

Der sehr kurze Beitrag „La cuestión nacional en la transición española“ des Politikwissenschaftlers Andrés de Blas Guerrero zur Nationalitätenfrage stellt dar, wie sich der Diskurs der peripheren Nationalismen unter dem Einfluss des frankistischen Nationalismus verschiebt und verstärkt und nun auch von der Linken zur Mobilisierung weiter Bevölkerungsschichten gegen die Diktatur benutzt wird. Infolgedessen erschien die politische Lösung der Autonomiefrage, wie sie in der Zweiten Republik gefunden worden war, für das demokratische System nach 1975 nicht mehr gangbar, u.a. weil sich die regionalistische Idee auch auf Territorien ohne nationalistische Spannungen ausbreitet. Die Reaktion der Verfassung – die Eröffnung von zwei verschiedenen Wegen zur Autonomie – wird langfristig zur Föderalisierung des Staates führen.

Monica Threlfall von der London Metropolitan University ist es in ihrem sehr dichten und methodisch überzeugenden Beitrag „Una reevaluación del papel de las organizaciones de la sociedad civil en la Transición“ daran gelegen, dem

vorherrschenden Bild der Transición als eines Paktes unter Eliten entgegenzuwirken. Sie legt dabei einmal einen restriktiven Elitenbegriff zugrunde, der nur die tatsächlich mit politischer Macht ausgestatteten Exponenten der frankistischen Institutionen darunter gefasst haben will. Die leitenden Köpfe der Opposition dagegen sieht sie als Kanalisatoren der Meinung und des politischen Drucks der Zivilgesellschaft, was es ihr erlaubt, deren Rolle im Übergangsprozess neu zu bewerten und dem Vorwurf des Demokratiedefizits einer von oben dekretierten Verfassung entgegenzutreten. Neben den Gewerkschaften und Frauenverbänden versteht sie zum zweiten, abweichend von üblichen Lehrmeinungen, auch die demokratischen politischen Parteien im Übergangsprozess als zivilgesellschaftliche Vereinigungen, da sie neben den Kriterien der Selbstorganisation, der Artikulation von Werten und der Interessenvertretung vor der Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie auch das der Unabhängigkeit vom Staat erfüllen. In einer genauen chronologischen Gegenüberstellung von Aktionen der Opposition und Entscheidungen des Regimes in der Zeit des „Frankismus ohne Franco“ von Januar bis Juli 1976, die im Anhang wiedergegeben ist, legt sie da, wie der politische Druck von unten die zögerlichen Schritte hin zur Demokratisierung und den Regierungswechsel von Arias Navarro zu Gustavo Suárez beförderte. In einem zweiten Schritt stellt sie in einer Analyse der Errungenschaften der Verfassung von 1978 die demokratische Opposition als Wortführer und klaren Sieger der Verhandlungen um die politische Neuordnung heraus.

Der Historiker und profunde Kenner der Geschichte der Franco-Zeit Charles Powell stellt in seinem Beitrag „La transición española vista desde Washington (1969-1977)“ auf Grundlage einer breiten Dokumentation aus den Archiven der Administrationen Nixon und Ford und aus autobiographischen Veröffentlichungen spanischer, amerikanischer und internationaler Beteiligter die Position Washingtons auf Regierungs- und diplomatischer Ebene zur politischen Situation in Spanien in der Vor-Transición und Transición dar. Er geht dabei detailliert auf die Begegnungen spanischer und amerikanischer Spitzenpolitiker ein, bezieht zu jedem Zeitpunkt die internationale Situation (griechisch-türkischer Konflikt, Yom-Kippur-Krieg, Nelkenrevolution in Portugal, Entkolonialisierung der spanischen Sahara) mit ein und zitiert breit aus den Berichten amerikanischer Beobachter an Nixon, Kissinger und Ford. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die Position der Vereinigten Staaten zu Spanien während der ganzen Phase von Kissingers realpolitischer Haltung geprägt war, die die Wahrung der strategischen Interessen, d.h. die Beibehaltung der seit 1953 in jeweils alle fünf Jahre erneuerten Stützpunktabkommen garantierten amerikanischen Basen auf spanischem Boden, vor den Kontakten zur demokratischen Opposition in den Vordergrund stellte. Die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses beschränkte sich – im Gegensatz zu der Praxis der europäischen Mächte und zur Enttäuschung der demokratiefreundlichen amerikanischen Botschafter in Madrid – auf die öffentliche Stärkung der Figur des Königs Don Juan Carlos. Damit kommt Powell zu dem Ergebnis, dass die These Samuel Huntingtons, dass die „dritte Demokratisierungswelle“ ab Mitte der 70er Jahre wesentlich auf das Wirken von Washington zurückzuführen ist, zumindest im Fall Spaniens nicht zutrifft.

Als abschließende Würdigung des Bandes kann festgehalten werden, dass er teils interessante Einblicke in wenig berücksichtigte Aspekte der Transición einbringt (z.B. zum Strafvollzug), teils neues Material vorstellt (z.B. Archivmaterial zu den spanisch-

amerikanischen Beziehungen) und in anderen Teilen Bekanntes interessant und mit neuen Thesen aufarbeitet (z.B. Rolle der Zivilgesellschaft und Daten zur Gewalteskalation). Zwar ist keine gemeinsame thematische Klammer der einzelnen Artikel zu erkennen, die sich in Länge, Ausführlichkeit und methodischem Vorgehen auch stark unterscheiden, doch ist ein solcher Überblickseindruck auch nicht Ziel der Publikation.

Dagmar Schmelzer (Regensburg)